Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Band: 165 (1987)

Artikel: Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914 : Band II

Autor: Haeberli, Wilfried

Kapitel: 1.: Demographische, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen : Arbeitskämpfe

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006835

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

II. Teil:
Die Sozialdemokratie im Zeitalter des Hochklassenkampfs, 1900–1914

1. Kapitel:
Demographische, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen. Arbeitskämpfe[1)]

a) Bevölkerungsentwicklung

Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts war die Bevölkerung Basels *sprunghaft angewachsen*; kurz vor der Jahrhundertwende war Basel, fast gleichzeitig wie Zürich und Genf, statistisch zur *Grossstadt* geworden.

1835, nach der Kantonstrennung, hatten in Basel erst 23 254 Einwohner gelebt. Innerhalb von 35 Jahren verdoppelte sich diese Zahl. Die eidgenössischen Volkszählungen im letzten Drittel des Jahrhunderts ergaben folgende Zahlen:

	Stadt	Kanton
1. Dezember 1870	44 122	47 040
1. Dezember 1880	60 177	63 810
1. Dezember 1888	69 809	73 749
1. Dezember 1900	109 161	112 227

Der starke Bevölkerungsanstieg beruhte vor allem auf der *Zuwanderung*. Dies gilt insbesondere für die zwölf Jahre zwischen 1888 und 1900; in dieser Zeit nahm der Stadtkanton jährlich um 3,56% zu. Hauptanziehungspunkte bildeten die neuen Industrien, vor allem die chemische, und die Errichtung grosser öffentlicher Bauten, in erster Linie der Rheinbrücken.

Nach der Jahrhundertwende hielt das Bevölkerungswachstum an, allerdings in *verlangsamtem Rhythmus*, wobei erstmals seit langem Grossbasel stärker anwuchs als Kleinbasel und der Geburtenüberschuss wegen der grossen Zahl zugewanderter junger Eltern den Wanderungsgewinn übertraf. Zwischen 1900 und 1910 betrug die jährliche Zunahme im Kanton noch 1,93%, auch zwischen 1910 und 1914 blieb sie knapp unter 2%. Die absoluten Zahlen bleiben aber weiterhin eindrucksvoll:

	Stadt	Kanton
1900	109 161	112 227
1905	119 480	122 750
1910	132 276	135 918
1914 (30. Juni)	140 053	144 496

Die Bevölkerung Basels hat sich also in den knapp 40 Jahren zwischen dem Ende des Ratsherrenregiments (1875) und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs verdreifacht.

War die Zahl der *Kantonsbürger* anteilmässig auf 30% um 1888 und auf einen Viertel im Jahr 1900 gesunken, so nahm sie prozentual nach der Jahrhundertwende wegen einer sehr liberalen Erteilung des Bürgerrechts ständig zu. 1910 besassen ziemlich genau ein Drittel aller Basler Einwohner das Kantonsbürgerrecht. Entsprechend ging der Anteil der übrigen Schweizer von 36,1% um die Jahrhundertwende auf 29,2% im Jahre 1910 zurück.

Relativ stabil blieb der Anteil der *Ausländer* in der stark überfremdeten Grenzstadt. 1888 betrug er 34%, erreichte um die Jahrhundertwende mit über 38% einen Höchstwert und ging dann 1910 auf 37,6% (in Kleinbasel 48,6%) und 1914 auf 35–36% zurück, nicht zuletzt als Folge der erleichterten Einbürgerung. Immer noch überwogen die *Deutschen* bei weitem: 1888 machten sie 88%, 1900 86% und 1910 83% der Ausländer aus. Neben den zahlenmässig weiterhin dominierenden Badenern, die – schon aus Sprachgründen – am ehesten bereit waren, sich einbürgern zu lassen, fielen vor allem die seit 1870/71 zum Deutschen Reich gehörenden Elsässer und Lothringer ins Gewicht. Dagegen nahm die französische Bevölkerung Basels, die 1888 mit 7,6% deutlich an zweiter Stelle gestanden war, bis 1910 auf 3,2% der Ausländer ab, während die Italiener, 1888 mit 1,6% noch eine Quantité négligeable, 1910 mit 9% und 1914 mit 11% nicht mehr zu übersehen waren, umsomehr als sie als Bauarbeiter und infolge ihres südlichen Aussehens und Temperaments stärker auffielen als die meisten andern Ausländer. Unter diesen verdient die wachsende russische «Kolonie» (1900: 217, 1910: 545) besondere Beachtung. Die Vermutung, dass einzelne ihrer Angehörigen in der Basler Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit – ähnlich wie in Zürich oder Genf – eine Rolle gespielt haben könnten, wird allerdings durch die Quellen nicht bestätigt, wenn man von Dr. Wassilieff absieht, der als Arbeitersekretär zu Beginn des neuen Jahrhunderts nach Basel berufen wurde. Weder ist Basel an der Russifizierung der schweizerischen Universitäten mehr als marginal beteiligt, noch lassen sich anarchistische, sozialrevolutionäre oder bolschewistische Gruppen in der Rheinstadt vor dem Ersten Weltkrieg nachweisen.

Gründlich veränderte sich in der hier untersuchten Periode die *soziale Schichtung* des Stadtkantons. Der Anteil der Selbständigerwerbenden unter den berufstätigen Einwohnern sank weiterhin ständig und betrug 1910 noch 14,9%, jener der Lohnbezüger nahm unaufhaltsam zu: 1910 machten die unselbständig Erwerbenden (ohne Hausangestellte) 73,4% aus. War um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch jeder siebente Einwohner Basels Hausangestellter gewesen, so sank deren Anteil bis 1910 auf 9,1% – im schweizerischen Vergleich immer noch eine sehr hohe Zahl. Der Anteil der (gelernten und ungelernten) *Fabrikarbeiter* betrug 1910 rund 48%, jener der im 2. Sektor Erwerbstätigen im Jahr 1905 60%. Von 1888 bis 1910 verdoppelte sich die Zahl der Arbeiter und verdreifachte sich die Zahl der Angestellten; blaue und weisse Kragen trugen am stärksten zum Bevölkerungswachstum bei. Da im Stadtstaat nur eine geringe Zahl von Berufstätigen in der Urproduktion tätig waren – vornehmlich in Gärtnereibetrieben in Kleinhüningen und in der Breite –, war Basel seit dem

letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine *Industriestadt* geworden, ausgeprägter als Zürich, Bern und Genf, wegen des hohen Anteils des dritten Erwerbssektors aber doch in weniger hohem Masse als etwa La Chaux-de-Fonds oder Winterthur. Da sowohl in der Textil- wie in der chemischen Industrie in relativ grossen Betrieben (ca 80 Beschäftigte im Durchschnitt) gearbeitet wurde, war Basel nicht nur Industrie-, sondern auch ausgeprägte *Fabrikstadt* geworden.

Aus Untersuchungen Walter Lüthis lässt sich der *Industrialisierungsgrad der einzelnen* (Wahl-) *Quartiere* errechnen. 1901 betrug der Anteil der (Hilfs- und Berufs-) Arbeiter im Horburgquartier (CIBA und Eisengiessereien) 63,1%, im Bläsiquartier (Geigy, Färberei Schetty) 53,7%, im Riehenquartier 53,6%, also in ganz Kleinbasel deutlich über die Hälfte der Bevölkerung; im Quartier St. Alban/Breite, wo die sozialen Gegensätze hart aufeinander stiessen, 51,3%, im Spalenquartier 46,2%, im Stadtquartier 44,9%. Zehn Jahre später machte die Arbeiterbevölkerung im Horburgquartier 68,8%, im Bläsiquartier 54,4%, im St. Albanquartier (Bandfabriken, Spinnereien) 53,8%, im St. Johannquartier (Sandoz) 49,8% aus; im Riehenquartier war sie auf 46,2% zurückgegangen. Im Gundeldingerquartier dominierten auch im 20. Jahrhundert die Beamten und Angestellten der eidgenössischen Betriebe, der Bundesbahnen sowie der Post- und Zollverwaltung.

b) Wirtschaftliche Entwicklung

Die letzten Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg werden im wirtschaftlichen Bereich durch Entwicklungen charakterisiert, deren Summe als *Zweite Industrielle Revolution* bezeichnet wird. Es handelt sich um eine Zeit sich häufender *technischer Innovationen*. Die folgenreichste ist wohl die praktische Verwendung der elektrischen Kraft durch die Elektroindustrie. Aber auch der Übergang vom Stein- zum Backstein- und Zementbau in der Bauindustrie und die Erfindung der Konserven in der Nahrungsmittelindustrie haben in mancher Hinsicht umwälzend gewirkt.

Am augenfälligsten sind in Basel die *Modernisierungstendenzen* in der *chemischen Industrie*. Schon zu Beginn des neuen Jahrhunderts setzen hier die für das Zeitalter des Spätkapitalismus bezeichnenden Zusammenschlüsse und Kartellbildungen ein. Die Produktion erhöht sich durch Errichtung von Fabrikationsstellen im Ausland, durch chemische Erfindungen und Rationalisierung der gesamten Unternehmens- und Produktionsstruktur. Mit dem russisch-japanischen Krieg 1904/05 beginnt der Aufstieg der pharmazeutischen Branche.

Die bereits in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts einsetzende *Diversifikation* der Industrie prägte sich nach 1900 immer stärker aus. Die Vorherrschaft der Seidenbandfabrikation ging in dem Masse zurück, als andere Berufszweige einen kontinuierlichen Aufschwung nahmen. Dazu gehörten neben dem Baugewerbe, das 1905 nur noch knapp hinter der Textilindustrie zurückstand, die chemische Industrie, aber auch die Maschinen- und Elektroindustrie (wenn auch weniger ausgeprägt als in

den andern Grossstädten) und die Industrien der Bau-, Möbel-, Nahrungs- und Genussmittelbranche.

Grösste Arbeitgeberin der Stadt blieb bis 1914 die *Seidenbandindustrie*. Sie beschäftigte 1905 in der Stadt in 16 Etablissements rund 5000 Fabrikarbeiter, wovon mindestens drei Viertel weiblichen Geschlechts, dazu 650 Heimarbeiter(innen). In Baselland übertrafen dagegen die Heimarbeiter (5900) die Fabrikarbeiter (1000) bei weitem. Die Seidenbandweberei Vischer stand mit 1400 Beschäftigten an siebenter Stelle in der Liste der grössten industriellen Unternehmungen der Schweiz. Gemessen an ihren Exportziffern – Hauptabnehmer waren weiterhin Grossbritannien und seine Kolonien – hatte die Seidenbandindustrie relativ gute Zeiten. Wie in früheren Jahren war sie allerdings stark konjunkturabhängig. Kriegerische Ereignisse wie der Burenkrieg, mehr noch der Wechsel der Hutmode konnten sie in schwere Krisen stürzen, doch vermochte sie sich immer wieder zu erholen.

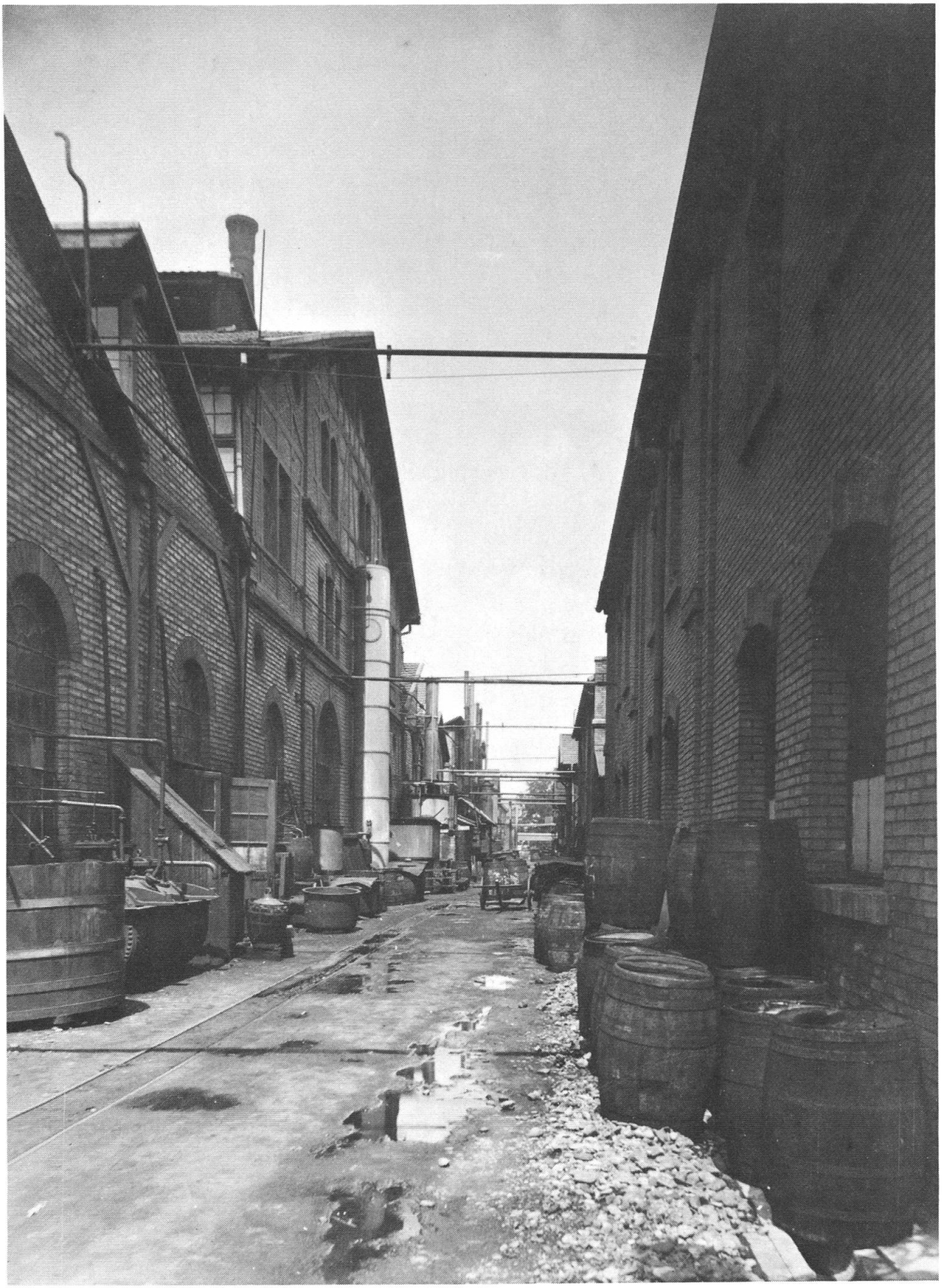
Ähnliches gilt für die *Schappeindustrie*, die in der Vorkriegszeit eine Reihe guter Geschäftsjahre zu verzeichnen hatte.

Die fünf Firmen der *chemischen Industrie* beschäftigten 1905 annähernd 3000 Arbeiter. Der Industriezweig, der in der Zwischenkriegszeit die Seidenbandfabrikation als führende Industrie Basels ablösen sollte, stand auch 1914 noch hinter der traditionellen Industrie und dem Bauhandwerk zurück, doch führte die kontinuierliche Zunahme der Ausfuhr fast zur Verdoppelung des Exports seit Jahrhundertbeginn.

Im *Bausektor* herrschte eine ausserordentlich rege Tätigkeit; neben industriellen Anlagen und öffentlichen Bauten wurden in den neuen Quartieren auch zahlreiche Wohnhäuser gebaut. Der Wohnungsbau verlief dabei gegenläufig zu den allgemeinen Konjunkturzyklen, musste er doch jeweils davon profitieren, dass keine andern Wirtschaftsbereiche das Angebot an Krediten und Arbeitskräften brauchten.

Um die Jahrhundertwende war – nicht nur in marxistischen Kreisen – die Überzeugung weit verbreitet, das traditionelle *Handwerk* werde langsam verschwinden und durch die Fabrikindustrie ersetzt werden. Das Aufkommen der Kleinmaschinen (Gas- und *Elektromotor*) am Ende des 19. Jahrhunderts verschaffte dem Handwerk aber wieder grössere Möglichkeiten, wurde es doch dadurch leistungsfähiger, ohne den Personalbestand ausbauen zu müssen.

In absoluten Zahlen nahm die *Frauenarbeit* auch nach der Jahrhundertwende noch zu, dagegen ging der prozentuale Anteil der Frauen an der Gesamtheit der Beschäftigten leicht zurück. Das lag einerseits an der starken Zunahme der weitgehend den Männern vorbehaltenen Bau- und Metallbranche sowie des Verkehrswesens, anderseits daran, dass die Löhne gewisser privilegierter qualifizierter Arbeiter nun für eine ganze Familie ausreichten. Vorherrschend blieb die Frauenarbeit in den traditionellen Frauenberufen der Textil- und Bekleidungsindustrie und im Hausdienst. In den fabrikmässigen Betrieben anderer Branchen dehnte sie sich dann aus, wenn die Tätigkeit mit Maschinenarbeit und qualifizierter Handarbeit verbunden war. In den



Fabrikstrasse, 1911

Angestelltenberufen war Frauenarbeit erst in Ansätzen vorhanden (PTT). Vor dem Krieg verdienten die Frauen bei gleicher Arbeit durchschnittlich nur 60% des Männerlohns. In der Textilindustrie lag das Fraueneinkommen – bei allgemein tiefen Löhnen – mit 85% allerdings näher bei jenem der Männer. Wenn die Geschäfte stockten, wurden die weiblichen Arbeitskräfte schneller entlassen als die männlichen.

Weitgehend eine weibliche Domäne blieb auch nach der Jahrhundertwende die immer noch rückläufige *Hausindustrie*. Während Baselland wie St. Gallen und die beiden Appenzell in seiner Beschäftigungsstruktur eindeutig von der Hausarbeit geprägt war, hatte diese in der Fabrikstadt Basel eine marginale Bedeutung, zählte der Stadtkanton 1905 doch nur 963 Heimarbeiter. Die Mehrzahl der Basler Heimarbeiterinnen waren in der Seidenbandindustrie beschäftigt, der Rest grösstenteils in der Branche Bekleidung und Putz. Im Gegensatz zu den basellandschaftlichen Heimarbeitern, die sich grösstenteils mit dem Posamenten, der eigentlichen Bandweberei, beschäftigten, verrichteten die städtischen Heimarbeiterinnen der Seidenbandindustrie ausschliesslich sehr unterschiedlich bezahlte Hilfsarbeiten. Fast alle waren ehemalige Fabrikarbeiterinnen, vorwiegend junge Frauen mit Kindern, die in dieser Betriebsform die einzige Möglichkeit sahen, Haushalt und Familie zu verbinden. Daneben finden sich auch ältere Arbeitskräfte, Männer und Frauen, die dem Rhythmus der Fabrik nicht mehr gewachsen oder teilinvalid waren. Dass die Fabrikanten mit der geschlechtsspezifisch grösseren Opferbereitschaft der Frauen für die Familie rechneten, geht unter anderm aus einer Feststellung Gruners hervor, wonach die Heimarbeiterinnen der Seidenbandindustrie häufig erst bei der Ablieferung der Ware über die Lohnhöhe informiert worden seien.

Trotz dem längerfristigen Wirtschaftsaufschwung zwischen 1895 und 1913 waren die Seidenbandindustrie und das Baugewerbe sehr krisenanfällig. Die Arbeiter beider Branchen spürten ständig das Damoklesschwert der *Arbeitslosigkeit* über sich. Während bei der Basler Hauptindustrie die Ungunst der Mode schon früh zu schwer voraussagbaren, in unregelmässigen Intervallen auftretenden Absatzkrisen führte, ist bei den Bauarbeitern erst in den neunziger Jahren grössere Arbeitslosigkeit festzustellen, hervorgerufen durch kalte Witterung und deshalb auf den Winter beschränkt. In Krisenjahren, wie sie kurz nach 1900 vermehrt auftraten, waren durchschnittlich 1100 Personen knapp zwei Monate arbeitslos; mit Einschluss der Angehörigen waren dadurch 2500–4000 Personen betroffen. Bei den Arbeitslosen handelte es sich zu mindestens 80% um Unorganisierte; unter den Bauarbeitern waren rund 40% Ausländer, grösstenteils Italiener. Waren die Hilfsbestrebungen bis zur Jahrhundertwende vor allem von Privaten ausgegangen, so ergriff seither der Staat unter dem Druck der organisierten Arbeiterschaft die Initiative. Die Hauptschwierigkeit bestand von Anfang an darin, dass es schwer fiel zu entscheiden, ob die Notlage der eingeschriebenen Arbeitslosen mehr der momentanen Arbeitslosigkeit oder der chronischen Armut zuzuschreiben war, hervorgerufen durch grosse Kinderzahl oder Arbeitsunfähigkeit infolge Alters oder Invalidität, in Einzelfällen auch durch Arbeitsscheu oder Trunk-

sucht. Über Selbsthilfemassnahmen der Arbeiterschaft ist im Kapitel über das Arbeitersekretariat die Rede.

c) Soziale Voraussetzungen: Lebens- und Arbeitsverhältnisse

In Anbetracht extrem hoher Arbeitszeiten um die Mitte des 19. Jahrhunderts – 12–18 Stunden pro Tag – war die *Verkürzung der Arbeitszeit* das wichtigste Postulat der Arbeiterbewegung in sämtlichen industrialisierten Staaten. Der Achtstundentag, schon zur Zeit der Ersten Internationale in den 1860er Jahren gefordert, sollte bis in die Zwischenkriegszeit Fernziel bleiben. Seit dem eidgenössischen Fabrikgesetz von 1877 betrug die Normalarbeitszeit in Fabriken 11 Stunden, auch für Frauen und Kinder, was einer wöchentlichen Arbeitszeit von 65 Stunden entsprach. Bei den handwerklichen Berufen lagen die Arbeitszeiten z.T. beträchtlich höher.

Schon um die Jahrhundertwende entsprach der gesetzlich festgelegte elfstündige Arbeitstag nicht mehr der tatsächlichen Arbeitszeit. Bis zum Ersten Weltkrieg erkämpften sich die meisten Arbeiter den *Zehnstundentag*. Nur 10% der Arbeiter, vor allem im Bau und in der Textilindustrie, arbeiteten noch so lang, wie es das Gesetz als oberste Grenze vorschrieb.

Allerdings differierten die Arbeitszeiten sogar innerhalb der einzelnen Branchen. So arbeiteten in der Chemie 1911 nach der Fabrikstatistik 14% der Arbeiter 11 Std., 14% 10½ Std., 42% 10 Std. und 28% unter 10 Std. In der Metall- und Maschinenindustrie setzte sich 1904 der Zehnstunden-, 1914 der 9½ Stundentag durch. Die Maurer vermochten zwischen 1880 und 1905 in Basel die tägliche Arbeitszeit von 11 auf 9½ Stunden zu verkürzen. Eine Pionierstellung nahmen die Typographen ein. Seit 1889 arbeiteten sie in Basel 9, teilweise sogar 8½ Stunden im Tag. Das andere Extrem stellten die Bäcker dar; Arbeitersekretär Wassilieff errechnete 1901 eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von über 90 Stunden; nach einer späteren Untersuchung seines Nachfolgers Robert Grimm haben sich wohl die Verhältnisse kaum geändert. Die im schweizerischen Rahmen zum Teil sehr hohen Arbeitszeiten der Verkäuferinnen und Kellnerinnen, die nicht dem Fabrikgesetz unterstellt waren, wurden in Basel durch den Ausbau der kantonalen Arbeiterinnenschutzgesetzgebung in Schranken gehalten.

Im 19. Jahrhundert waren *Ferien*, als bezahlter Urlaub, mit geringen Ausnahmen ein Klassenprivileg gewesen, das nur Beamten, Angestellten und Lehrern gewährt wurde. Die steigende Intensität der modernen Erwerbsarbeit und die sich daraus ergebende Übermüdung liessen diese Form der Erholung auch im Interesse der Arbeitgeber erscheinen. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs dürften annähernd 10% der Arbeiter Ferien erkämpft haben. Sie betrugen 3–8 Tage und waren meist an lange Dienstzeiten (mindestens 20 Jahre) gebunden. Als relativ grosszügig erwiesen sich einerseits die öffentliche Verwaltung, anderseits die Arbeitgeber der chemischen Industrie; die grössten Kampferfolge erzielten die Typographen. Zur Selbstverständlichkeit wurden Ferien für die Arbeiter erst in der Zwischenkriegszeit.

Die *Nominallöhne* der Arbeiterschaft stiegen in Basel zwischen 1890 und 1914 je nach Branche und Geschlecht um 45–60%, blieben aber tiefer als jene von Zürich.

Parallel zum langfristigen wirtschaftlichen Aufschwung von 1895 bis 1913 verzeichneten auch die *Reallöhne* einen leichten Anstieg. Dabei nahmen die Frauenlöhne signifikant stärker zu als jene der Männer. Bei genauerem Zusehen erweist sich allerdings, dass die steigende Tendenz der Reallöhne nur bis 1905 andauerte und mit einer Periode relativer Preisstabilität zusammenfiel. 1905 begann eine Phase der *Teuerung*, die 1912 ihren Höhepunkt erreichte; dann folgten anderthalb Jahre ganz leichten Rückgangs der Verbraucherpreise. Alles in allem stiegen die Lebensmittelpreise in Basel zwischen 1900 und 1914 um gut ein Viertel, Kartoffeln, Kaffee und Fleisch deutlich mehr. Es war dem in Basel sehr starken Allgemeinen Consumverein zu verdanken, dass die Teuerung nicht noch grössere Ausmasse annahm. Zum Steigen der Lebensmittelpreise kam, dass die Mietpreise für Arbeiterwohnungen zwischen 1906 und 1914 merklich anzogen. Bei Kriegsbeginn lagen sie allerdings knapp tiefer als jene Zürichs und deutlich tiefer als jene Berns, nicht zuletzt, weil sich die Basler Arbeiterquartiere grösstenteils in der Nähe der gesundheitsschädigenden chemischen Fabriken befanden. Diese doppelte Teuerung liess die Lebenskosten zwischen 1905 und 1914 um 20% anwachsen und führte zu einer Stagnation der Reallöhne im letzten Jahrzehnt vor Kriegsausbruch. Während des Krieges musste die Arbeiterschaft dann jene schweren Lohneinbussen in Kauf nehmen, die entscheidend zu den sozialen Auseinandersetzungen der Jahre 1918/19 beigetragen haben.

Zwar finden sich im «Basler Vorwärts» und in der Gewerkschaftspresse zahlreiche Angaben über die *Löhne einzelner Berufsarten*, aber erst für das Jahr *1912* liegen etwas *umfassendere Statistiken* vor. Die Zahlen, die der Kantonsstatistiker Dr. Jenny auf die Anfrage des Internationalen Arbeitsamts im April 1912 veröffentlichte, sind von sehr relativem Wert, weil sie nur wenige ausgewählte Branchen betreffen, einmal Stundenlöhne, ein ander Mal Taglöhne und häufig auch Wochenlöhne aufführen und nicht deutlich zwischen Minimal-, Durchschnitts- und Maximallöhnen unterscheiden. Umfassender, wenn auch nicht vollständig ist ein im Vorwärts vom 22. Februar 1913 im Zusammenhang mit der Volksabstimmung über die Besoldungserhöhung beim Staatspersonal erschienener Vergleich der Lohnverhältnisse im Staatsbetrieb und in der Privatindustrie. Die Initialen H.B. lassen die Möglichkeit offen, dass es sich beim Verfasser um den derzeitigen Regierungsrat und seinerzeitigen Gewerbeinspektor Dr. Hermann Blocher handelt, über dessen Kompetenz es keine Zweifel geben kann.

Die Zusammenstellung weist den grossen Vorteil auf, dass alle Löhne auf das *Jahreseinkommen* berechnet und damit vergleichbar sind; zudem wird zwischen Minimal- und Durchschnittslöhnen unterschieden.

Beim *öffentlichen Personal* differieren die Minimallöhne von Fr. 1500 (Gasarbeiter) bis Fr. 1844 (Wagenführer Strassenbahn), die Durchschnittslöhne von Fr. 1824 (Strassenarbeiter) bis Fr. 2124 (Wagenführer). Eine Kategorie für sich bilden die sich

nicht zur Arbeiterschaft zählenden Polizisten mit Fr. 2040 Minimal- und Fr. 2580 Durchschnittslohn.

Grösser ist die Spanne in der *Privatindustrie*. Hier sind Minimallöhne von Fr. 1300 bis Fr. 1500 auch bei Berufsarbeitern häufig; bei Hilfsarbeitern, wozu grösstenteils die Chemiearbeiter, die Tabak- und Transportarbeiter sowie die Arbeiter in der Lebensmittelindustrie gehörten, sind Fr. 1150 üblich. Die höchsten Minimallöhne beziehen die Bäcker des ACV mit über Fr. 2100 und die Typographen mit Fr. 1950. Der Durchschnittslohn der Hilfsarbeiter, ob beim Bau oder in der Fabrik, beträgt Fr. 1500. Das mittlere Jahreseinkommen eines Berufsarbeiters bewegt sich zwischen Fr. 1800 und 2100. Zur «*Arbeiteraristokratie*» gehören die hochqualifizierten Lithographen, Typographen und Parkettleger mit Jahreseinkommen von Fr. 2300 bis 2450, dazu wieder die Bäcker des sozial aufgeschlossenen ACV. Zum Vergleich: Ein Lokomotivführer verdiente mindestens Fr. 2600, im Durchschnitt mit Fr. 3400 mehr als das Doppelte eines Hilfsarbeiterlohns.

Im ersten Teil unserer Darstellung der Basler Arbeiterbewegung haben wir festgestellt, dass die Arbeiterlöhne *nicht* als *Familienlohn* konzipiert waren, dass also weitere Familienmitglieder mitverdienen mussten. Wie verhielt es sich in dieser Beziehung in den ersten anderthalb Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts?

Gruner hat errechnet, dass im Jahre 1912 40% der Familien gelernter Arbeiter ausschliesslich vom Einkommen des Mannes lebten, bei den Hilfsarbeitern wenig über 10%. Dabei gab es natürlich beträchtliche branchenmässige Unterschiede. So vermochten zwei Drittel der Typographen ihre Familie allein zu erhalten. Gruners Untersuchungen im schweizerischen Massstab stimmen im hohen Masse mit den im Vorwärts aufgestellten Berechnungen überein. In Basel wie in der übrigen Schweiz verdiente 1912 ein ungelernter Arbeiter etwas über Fr. 1500, ein gelernter Fr. 1800 bis 2300, wobei die Holz-, Textil- und Bauarbeiter zu den schlechtverdienenden Berufskategorien gehörten. Konnte man damit leben?

Der Verfasser des Vorwärts-Artikels berechnet aufgrund einer breiten Erhebung die *Durchschnittsausgaben* einer Arbeiterfamilie mit zwei bis drei Kindern für den *Zwangsbedarf* auf *Fr. 2030*. Sie setzen sich folgendermassen zusammen: Nahrung Fr. 1200, Kleidung Fr. 250, Wohnung Fr. 400, Heizung und Licht Fr. 90, Steuern, Krankengeld Fr. 90, total Fr. 2030. Dazu kommen noch Auslagen für Schul- und Bildungszwecke und Reparaturen, so dass für eine mittelgrosse Familie mit einem *Existenzminimum von Fr. 2100 bis 2200* gerechnet werden muss.

Es liegt auf der Hand, dass bei fast allen Hilfsarbeitern und bei den schlechter bezahlten Berufsarbeitern das Männereinkommen weiterhin durch *Frauen- und Kinderarbeit* oder durch *Nebenerwerb* wie Zimmervermieten, Kostgängerei und Zeitungsaustragen ergänzt werden musste. Dass dabei Frauen und Kinder durch Erwerbs- und Hausarbeit, die jungen Kinder auch noch durch die Schule *mehrfach belastet* wurden, hatte nicht zuletzt gesundheitsschädliche Auswirkungen. Die *Tuberkulose* verschonte nur wenige Arbeiterfamilien. Die verheiratete Arbeiterin war, sofern sie Kinder

hatte, einer dauernden Überanstrengung ausgesetzt, umsomehr als sie versuchte, bürgerlichen Familienidealen zu genügen.

Wir haben im 1. Band (S. 14) den *Speisezettel* der durchschnittlichen Schweizer Arbeiterfamilie um die Mitte des 19. Jahrhunderts beschrieben. Nach Gruner ist er bis 1914 zwar etwas abwechslungsreicher geworden, konnte aber auch massvollen qualitativen und gesundheitlichen Anforderungen nicht genügen. Hauptnahrungsmittel der Arbeiterbevölkerung waren nach einer Erhebung des Schweizerischen Arbeitersekretariats von 1912 weiterhin Milch, Brot und vor allem Kartoffeln. Fleisch kam nur in kleinen Mengen und mässiger Qualität, zudem häufig nur für den Vater auf den Tisch. Gemüse und vor allem Obst waren selten, etwas häufiger Teigwaren, Butter, Käse und Eier. Kaffee wurde zwar in grossen Mengen getrunken, vermochte aber infolge der schlechten Qualität nicht zu sättigen. Nach 1900 nahm der Bierkonsum – nicht nur in der Arbeiterschaft – signifikant zu; daneben trank man in manchen Arbeiterfamilien billigen Schnaps. Auch nach der Jahrhundertwende blieb der Alkohol neben der Tuberkulose der grosse Feind der Arbeiterschaft. Dass das Essen oft schlecht zubereitet war oder gar kalt gegessen werden musste, wenn die Mutter auch noch ausser Haus arbeitete, kann kaum verwundern.

Während die *Lebenserwartung* des Schweizers vor allem wegen des Rückgangs der Kindersterblichkeit nach der Jahrhundertwende auf 50 Jahre stieg, blieben die *Gesundheitsrisiken* der Arbeiterbevölkerung trotz Fabrikgesetz und Fabrikinspektion hoch, selbst wenn man die schlechte Ernährung und die ungünstigen Wohnverhältnisse nicht zusätzlich in Rechnung stellt. Zwar brachte die Ersetzung des Petrollichts durch Gas und elektrisches Licht eine deutliche Verbesserung der Lichtverhältnisse in der Fabrik. Zur Verbesserung der Raumluft wurden vielerorts Belüftungsanlagen eingerichtet, aber von den Arbeitern häufig aus Angst vor dem damit verbundenen Luftzug nicht betätigt. Den Lärm in den Fabriksälen scheinen Arbeitgeber und -nehmer als unvermeidbar hingenommen zu haben. Dagegen empfanden die Arbeiter die Steigerung der Arbeitsintensität als zunehmende Nervenbelastung. Viele waren ihr schon mit 40 Jahren nicht mehr gewachsen, was ein allmähliches Absinken des Lebensstandards zur Folge hatte. «Du sollst nicht alt werden!» leitet Gruner den Abschnitt über die *Altersdequalifikation* ein (I, 4.516).

Auffallend war die rasche *Zunahme der Unfallhäufigkeit* in den Fabriken im Zusammenhang mit der Einführung neuer, gefährlicher Maschinen. Das grösste Gesundheitsrisiko trugen die Chemiearbeiter. Nicht nur waren sie in hohem Ausmass von Berufskrankheiten betroffen; sie verunfallten auch mehr als die meisten andern Fabrikarbeiter. Auch die Betriebsunfälle ausserhalb der Fabrik nahmen nach der Jahrhundertwende signifikant zu, vor allem in der Baubranche und im Transportgewerbe. Stürze vom Baugerüst mit Invaliditäts- oder gar Todesfolge waren in einer Zeit der Bauspekulation an der Tagesordnung, häufig durch die Fahrlässigkeit verantwortungsloser Bauunternehmer verursacht, die zu raschem Gewinn kommen wollten. Die Vokabel «*Gerüstmord*» machte in der Arbeiterpresse aller grossen Städte die

Runde. Sie heizte den Klassenkampf an, doch war der Vorwurf nicht aus der Luft gegriffen.

Der schon in den neunziger Jahren einsetzende Bauboom einerseits, die Tendenz der einheimischen Arbeitskräfte zum 3. Sektor, also zu sauberer Arbeit anderseits, bewirkten einen Sog in den Bausektor. Es waren vor allem die nun in Massen einwandernden *italienischen Hilfsarbeiter*, welche bereit waren, die körperlich anstrengende Arbeit zu leisten. Konflikte mit den schweizerischen Bauarbeitern ergaben sich daraus, dass die Italiener, an die heimatliche Anspruchslosigkeit gewohnt, als Lohndrükker auftraten und eher zu Überstunden bereit waren; zudem arbeiteten sie vielfach rascher als die Einheimischen. Auch dass die meisten Vorarbeiter Italiener waren, trug nicht zu einem bessern Verhältnis der Schweizer und der italienischen Arbeiter bei, umsomehr als diese, vor allem die Saisonniers, meist aus dem «Mezzogiorno» stammten und zur Hälfte Analphabeten waren.

Was Gruner über die italienischen Bauarbeiter in der Schweiz ausführt, gilt auch für Basel. «*Sparen und überleben*» hiess die Devise schon damals. Entsprechend war kurz vor 1900 der Speisezettel: morgens Kaffee-Ersatz mit etwas Milch und Brot, abends eine Minestrone ohne Fleisch, als Zwischenverpflegungen um 10 und 16 Uhr je einen halben Liter Bier und ein Pfund Brot. Sonst wurde Alkohol streng gemieden. Um grösstmögliche Einsparungen zu erzielen, begnügten sich die italienischen Bauarbeiter mit Strohlagern oder mit Schlafgelegenheiten, die jeder sanitarischen Vorschrift Hohn sprachen. Dass die Italiener als «*Ware Arbeit*» (Gruner) rechtlich und faktisch fast ungeschützt waren, wirft ein bedenkliches Licht auf die Mehrheit der Arbeitgeber im Baugewerbe. Die Ausbeutung des Proletariers, 1848 von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest als Kennzeichen des Kapitalismus aufgeführt, war am Beispiel der italienischen Bauarbeiter für jedermann auch noch im 20. Jahrhundert augenfällig. Aber erst kurz vor Kriegsausbruch entstand eine gewisse Solidarisierung zwischen der einheimischen und ausländischen Arbeiterschaft aus der Einsicht in die gemeinsame Klassenlage.

Über die Gründe der *Anziehungskraft Basels für die Arbeiterbevölkerung* lassen sich nur Hypothesen aufstellen. Im Gegensatz zu heute waren es nicht die überdurchschnittlichen Löhne der Hauptindustrie, die die Arbeiter in die Rheinstadt zogen. Basel galt schon im 19. Jahrhundert für die unteren Einkommensklassen als steuergünstig; es wurde in dieser Hinsicht nur noch von Genf übertroffen. Der Arbeiter zahlte in der Vorkriegszeit 1–2% seines Einkommens ans Steueramt; bei den Angestellten, unteren Beamten und Lehrern lag die Einkommenssteuer bei 3–4%. Von grösserem Gewicht waren wohl die relativ günstigen Mietpreise und die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und der Lehrmittel in der Volksschule. Den Ausschlag dürften aber die grosszügige Armenpflege, die gut ausgebaute Krankenpflege (Polikliniken) und zahlreiche andere Wohlfahrtseinrichtungen (GGG) gegeben haben. Die fortschrittliche Sozialpolitik, nicht zuletzt die Pionierleistungen auf dem Gebiet der Arbeiterinnenschutz-Gesetzgebung, und die wachsende Bedeutung der Sozialdemokratischen

Partei in Parlament und Regierung dürften wesentlich dazu beigetragen haben, dass Basel schon in der Vorkriegszeit den Ruf der Arbeiterfreundlichkeit besass.

d) Arbeitskämpfe

Der englische Staatsmann Benjamin Disraeli hat um die Mitte des 19. Jahrhunderts zwei einander schroff gegenüberstehende Nationen in Grossbritannien unterschieden: die Reichen und die Armen. Obschon die Tendenz zu einer *Spaltung des Volkes in zwei Klassen* in der Schweiz seit dem Siegeszug des Kapitalismus im Verlaufe des 19. Jahrhunderts deutlich zutagetrat, erfolgte die *klassenkämpferische Konfrontation* zwischen Bürgertum und Proletariat erst relativ spät, um die Jahrhundertwende, in einer Zeit massiven Wirtschaftswachstums. Weshalb sich das soziale Klima in der bis weit in die Zwischenkriegszeit hineinreichenden Phase des *Hochklassenkampfs* verschlechterte, darüber gibt es verschiedene Hypothesen.

1. Trotz der raschen Zunahme des realen Volkseinkommens stagnierten die Reallöhne der Lohnabhängigen. Somit *vergrösserten sich die Einkommens- und Vermögensunterschiede* der verschiedenen sozialen Schichten. Die Löhne wurden von den Arbeitgebern bewusst durch die Einfuhr billigarbeitender Italiener tief gehalten. Die dadurch bewirkte *Radikalisierung der Arbeiterschaft* fand ihren Niederschlag im sozialdemokratischen Programm von 1904 und in den Statuten des Gewerkschaftsbundes von 1906. Gleichzeitig nahmen die Arbeitskämpfe an Umfang und Intensität in kaum voraussehbarem Masse zu.

2. Arbeitskämpfe im *Konjunkturaufschwung* sind erfolgversprechender, weil die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften den Anbieter von Arbeit begünstigt und weil steigende Lohnkosten leichter auf die Preise überwälzt werden können.

3. Nach der von Fritzsche 1977 formulierten Hypothese sind die Wohnverhältnisse entscheidend für die Entstehung von Klassenbewusstsein und Klassenkampf. Die Arbeitskämpfe der Vorkriegszeit fanden fast ausschliesslich in den Industriestädten statt. Hier waren sowohl sehr hohe wie ganz tiefe Einkommen konzentriert, viel ausgeprägter als auf dem Lande oder in den Kleinstädten. Zugleich lebte die Bevölkerung *aber getrennt in schichtenspezifischen Quartieren* (Villen-, Mittelstands- und Arbeiterquartiere, diese mit extrem hoher Wohndichte). Dadurch wurden die Klassengegensätze für alle augenfällig; die Segregation förderte dagegen die Solidarität innerhalb der einzelnen Klasse, vor allem innerhalb des Proletariats.

Für Basel hat zweifellos die starke Wachstumsphase nach 1888 die Wohnsituation für die Arbeiterschaft gravierend verschlechtert. Wohnungselend kann aber leicht zu sozialer Unruhe führen. Dazu kam das massenhafte Auftreten italienischer Bauarbeiter in den Arbeiterquartieren. Dies hatte bis 1914 *Spannungen im engsten Lebensbereich* zur Folge, umsomehr als das flottante Element der Saisonniers die Unruhe noch verstärkte. Immer weniger gelang es den aus der Dorfgemeinschaft herausgerissenen Zuwanderern, sich in ihrer neuen, städtischen Umgebung zu integrieren.

Nach Auffassung des Bürgertums wurden die bürgerkriegsähnlichen Arbeitskämpfe zu Beginn des 20. Jahrhunderts ebenso durch die marxistische Doktrin hervorgerufen wie die Programme der SPS und des Gewerkschaftsbundes. Die russische Revolution von 1905 trug dann dazu bei, dass sich der schweizerische Durchschnittsbürger ein stereotypes *Feindbild* von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften machte: auf sofortigen revolutionären Umsturz zielende Bewegungen, von vorwiegend ausländischen Theoretikern oder Aktivisten (Anarchisten) zu blutigem Terror verführt (Gruner).

Dass die Streikwelle weitgehend eine Folge der sozialen Missstände war und dass es auch einen *Klassenkampf von rechts* gab, wurde von den meisten übersehen. Zur Polarisierung trug zweifellos die *verbesserte Organisation* auf beiden Seiten bei (Zentralverbände, ständige Sekretariate).

Als *wichtiger Gegner* der organisierten Arbeiterschaft erwies sich in Basel das *gewerbliche Kleinbürgertum*; es hatte auch die Hauptlast der Streiks zu tragen. Es handelte sich weitgehend um jene Kreise, die 1911 die «fortschrittliche» Bürgerpartei bildeten, allen voran der Meisterverband des Basler Handwerks, ursprünglich eine Antistreikorganisation. Eine besonders aktive Rolle spielten die *Bauunternehmer*.

Der «neue» Mittelstand, die kaufmännischen und technischen *Angestellten*, ging darauf aus, sich vom Industrieproletariat abzugrenzen. Auch dem untersten Commis war es ein Anliegen, standesgemäss zu leben. Die Werkmeister standen, obschon aus dem Proletariat stammend, meist auf der Seite ihrer Arbeitgeber. Bei den Staatsangestellten setzte sich schliesslich der gewerkschaftliche Flügel gegenüber dem bürgerlichen durch.

In der Sicht der organisierten Arbeiterschaft war die soziale und politische Polarisierung weitgehend eine Folge des «*Klassenkampfs von oben*». Man hatte das Gefühl, einer Allianz zwischen dem Bürgerblock und dem Staat gegenüberzustehen und dabei gegen die drei Säulen des bürgerlichen Staats kämpfen zu müssen: die Polizei, die Armee und die Justiz. Die Haltung der Polizei bei Streiks war der Zielpunkt immer neuer Klagen von Partei und Gewerkschaft. Den Preussengeist, der um die Jahrhundertwende in einzelnen Offizierskreisen Einzug hielt, bekamen auch Basler Arbeiter-Wehrmänner zu spüren. Das Militäraufgebot der Regierung beim Maurerstreik von 1903 stellte geradezu den Anfang des Hochklassenkampfs in Basel dar. Schliesslich geisterte das böse Wort von der Klassenjustiz auch durch die Basler Arbeiterpresse, obschon hier nicht so krasse Fälle zu verzeichnen waren wie in gewissen anderen Städten.

Die *schlechte Konjunktur nach der Jahrhundertwende* liess Lohnbewegungen zunächst wenig aussichtsreich erscheinen. Dennoch unterbreiteten der *Maurerfachverein* und die *italienische Maurergewerkschaft* den Meistern am 26. März 1903 zehn Forderungen, worunter Minimal-Stundenlöhne von 56 Rp. für Maurer und 40 Rp. für Handlanger und die Senkung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden. Die Meister lehnten jedoch am Samstag, den 4. April, die Teilnahme an einer vom Regierungsrat

Maurerstreik in Basel, Frühjahr 1903, Demonstration auf der Mittleren Brücke

auf Montag einberufenen Vermittlungssitzung ab. Am Sonntagabend versammelten sich in der Burgvogtei 2000 Maurer und Handlanger, grösstenteils Italiener. Diese setzten gegen die Empfehlung der Referenten einen *Streik* ab Montag morgen durch. Bereits am ersten Streiktag gelang es den Streikenden, deren lebhafte Umzüge bei der Bevölkerung gemischte Gefühle auslösten, auf verschiedenen Bauplätzen die Einstellung der Arbeit durchzusetzen. Dabei kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung mit der Polizei. Dies bewog den Regierungsrat zu einem Truppenaufgebot; auch der Sozialdemokrat Wullschleger gab seine Zustimmung. Am Dienstag morgen rückte das Bataillon 54 in der Kaserne ein. Die nächsten Tage brachten verschiedene Scharmützel der streikenden Italiener mit den Ordnungskräften, die aber nirgends schwere Folgen zeitigten. Die Machtdemonstration erregte nicht nur unter den knapp 2500 Streikenden Empörung, sondern auch in der übrigen Arbeiterschaft, die das Vorgehen der italienischen Bauarbeiter, unter welchen sie auch Anarchisten vermutete, zuerst missbilligt hatte. Im Arbeiterbund wurde die Ausrufung des Generalstreiks erwogen; Arbeitersekretär Wassilieff, in der Burgvogtei-Versammlung noch Gegner eines unbedachten Streikbeschlusses, trug wesentlich zur Kampflust bei. Der Höhepunkt der Spannung war aber bereits überschritten. Am 9. April entliess die

Regierung in Erwartung einer Einigung die Truppen; nach Ostern bröckelte der Streik rasch ab, am 18. April wurde der Abbruch beschlossen: Die völlige Niederlage war nicht zu vertuschen. Das *erstmalige Auftreten der Armee* in einem Basler Arbeitskampf hat wesentlich zur *Verschlechterung des sozialen Klimas* in der Stadt beigetragen, zugleich aber zu schweren Auseinandersetzungen in der Basler Arbeiterbewegung geführt.

Der *Konjunkturaufschwung*, der sich bereits 1904 abzeichnete, kam *1905* voll zum Durchbruch. Die Gewerkschaften nutzten die günstige Gelegenheit für Lohnbewegungen von bisher nie erlebtem Umfang. Im Frühling setzte der grosse *Kampf im Baugewerbe* ein. Hauptziele waren der Ausgleich der Teuerung und der Kampf um den 9½ bzw. den 9-Stunden-Tag. Ende April traten 260 Schlosser, 400 Zimmerleute und 800 Schreiner in den Streik. Beide Parteien standen einander in einer Bürgerkriegssituation voll organisiert und gerüstet gegenüber. Die Arbeiter stützten sich auf gut geleitete Zentralverbände und den unter seinem kombattanten Sekretär sehr aggressiv gewordenen lokalen Arbeiterbund, die Unternehmer auf den eben entstandenen kampflustigen Allgemeinen Meisterverband des Bauhandwerks. Die Arbeitgeber beantworteten den Ausstand am 11. Mai mit einer allgemeinen Aussperrung. Als die Meister diese am 5. Juni beendeten, streikten Zimmerleute, Schreiner und Schlosser weiter. Zu ihnen hatten sich noch 250 Maler, 150 Spengler und 300 Gipser gesellt. Im Juli traten zudem 2000 Maurer und 300 Erdarbeiter in den Streik. Auch in der Maschinenindustrie und in andern Branchen waren Arbeitsniederlegungen zu verzeichnen. Insgesamt gab es in diesem Jahr 23 Streiks mit 6987 Beteiligten. Die Bürgerschaft schwenkte auf die Unternehmerseite über, als im Juli die *Strassenbahner* in den Ausstand traten, wodurch es zum ersten Streik öffentlicher Angestellter gegen den staatlichen Arbeitgeber kam. Die Arbeitskämpfe, die ein halbes Jahr dauerten, endeten mit partiellen Siegen und Niederlagen auf beiden Seiten. Die gut organisierten Gewerkschaften setzten den 9½-Stunden-Tag und Lohnerhöhungen durch, die schlecht organisierten blieben erfolglos. *Der Klassenkrieg war in vollem Gang*. 1906 kam es wieder zu 23 Streiks; deren Umfang und Dauer gingen jedoch stark zurück. Arbeitseinstellungen erfolgten vor allem in Branchen, in denen im Vorjahr keine befriedigenden Ergebnisse erzielt worden waren. Im Sommer 1907 fand die grösste Streikwelle der Vorkriegszeit infolge der *abflauenden Konjunktur* ihren Abschluss.

Ein *neuer Konjunkturaufschwung* kündigte sich im Jahr *1910* an; er dauerte bis gegen die Mitte des Jahres 1913. Sogleich intensivierte sich das Streikgeschehen. Zu einer letzten gewaltmässigen Aktion mit Militäraufgebot kam es *1913* unter den *Färbereiarbeitern*, die erst sehr spät und noch ungenügend den Weg der Organisation eingeschlagen hatten. Zur Überraschung sogar gut informierter Arbeiterführer traten in einem konjunkturell ungünstigen Augenblick, beim Zusammenbruch der Textilexport-Konjunktur, am 26. Mai 1300 Seidenfärber in den Streik, vor allem um einen Tarifvertrag mit dem Neunstundentag zu erreichen, aber auch um die Streikbrecher-

dienste zu verweigern, die sie für die unter einem Riesenstreik leidenden Krefelder Seidenfärbereien leisten sollten. Da die Unternehmer jede Verhandlung mit der organisierten Arbeiterschaft ablehnten und das Vermittlungsangebot des 1911 geschaffenen Einigungsamtes ausschlugen, standen weite Kreise der Bevölkerung diesmal dem Ausstand mit Sympathie gegenüber. Wegen des Streikpostenstehens entwickelten sich Scharmützel zwischen der Arbeiterschaft und der Polizei, wobei einige Demonstranten Säbelhiebe abbekamen. Am 14. Juni beschloss der Regierungsrat, den Stab und zwei Kompagnien des Bataillons 97 *auf Pikett* zu stellen. Da es in der Folge ruhig blieb, kam die Truppe nicht zum Einsatz und wurde nach einer Woche ihrer Pflicht wieder entbunden. Trotz kräftiger Unterstützung durch die übrige Basler Arbeiterschaft, die 17 000 Franken Unterstützungsgelder aufbrachte, mussten die Ausständischen nach fünf Wochen Streik, nach Kämpfen zwischen Streikposten und Streikbrechern klein beigeben, ohne einen Tarifvertrag zu erreichen.

Nach der Pause des Ersten Weltkriegs entbrannte der Hochklassenkampf auf lokaler und nationaler Ebene mit dem *Landesstreik vom November 1918* aufs neue, mit bisher noch nicht erlebter Wucht. Er hat erst mit dem «Friedensvertrag» der Metallindustrie von 1937 dem Arbeitsfrieden Platz gemacht.

2. Kapitel:
Die Reorganisation der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz[1)]

Die 1888 gegründete Sozialdemokratische Partei der Schweiz hatte sich durch die *Statutenrevision von 1891* von einer direkten, auf Einzelmitgliedern aufgebauten, grundsätzlich zentralistischen Partei in einen weitgehend *indirekten Föderativverband* verwandelt. Auf Lokalsektionen und Kollektivmitgliedern basierend, stellte sie ein völlig dezentralisiertes Gebilde dar, dem jegliche Möglichkeit zu einer erfolgreichen Tätigkeit auf Bundesebene fehlte. Bei einer Mitgliederzahl von rund 3000 im Jahre 1893 umfasste sie nur einen *Bruchteil der organisierten Arbeiterschaft*. Bis zur Jahrhundertwende sank diese Zahl auf ca. 800 zahlende Mitglieder. Ohne ausreichende Mittel, ohne hauptamtliches Parteisekretariat war sie einem raschen Wechsel der Präsidentschaft unterworfen und entbehrte der Kontinuität in der Führung. Immer mehr verlagerte sich die Parteitätigkeit in die Kantone und einzelnen Ortschaften. Mit dem allmählichen Rückzug Stecks aus dem Parteileben trat auch dessen Konzeption der Sozialdemokratie als einer Volkspartei in den Hintergrund. Immer deutlicher wurde die Tendenz der neuen Führer, die Partei ausschliesslich zu einer Organisation der Arbeiterschaft zu machen.

Nachdem der Schweizerische Grütliverein 1893 durch Urabstimmung das Bekenntnis der Oltener Delegiertenversammlung vom Oktober 1892 zur Sozialdemokratie erhärtet hatte, war die erste Voraussetzung geschaffen, die *organisatorische Grundlage* der Partei zu *verbreitern*. Am Winterthurer Parteitag von 1896 stand die Reorganisation der Partei erstmals seit der Annäherung des Grütlivereins an die Sozialdemokra-